

BRD

4 MEHR MILITÄR – UND
FÜNF EURO FÜR FAMILIEN

FRAUEN

6 KOLLEKTIVE HAUSARBEIT
IM SOZIALISTISCHEN CHINA

BERLIN

8 KITAS –
STREIK DER ERZIEHER

INTERNATIONAL

10 STOPPT DIE „OPERATION
KAGAAR“!

HAMBURG

14 WOHNEN WIRD
UNBEZAHLBAR

BREMEN

16 KRIEGSTREIBEREI IN
BREMERHAVEN

NORDRHEIN-WESTFALEN

18 LEBEN UND ARMUT IN
KÖLN

BADEN-WÜRTTEMBERG

20 DIE „PANTHER
CHALLENGE“

KULTUR

22 DAS LIED VON DER
EINHEITSFRONT

INHALT

4 BRD

**MEHR MILITÄR –
UND FÜNF EURO FÜR FAMILIEN:
DER BUNDESHAUSHALT FÜR DAS
JAHR 2025 SETZT MASSSTÄBE**

6 FRAUEN

**KOLLEKTIVE HAUSARBEIT IM
SOZIALISTISCHEN CHINA**

8 BERLIN

KITAS – STREIK DER ERZIEHER

10 INTERNATIONAL

STOPPT DIE „OPERATION KAGAAR“!

12 BILD DES MONATS

**SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DER VÖLKER
PALÄSTINAS UND INDIENS IN DORTMUND**

14 HAMBURG

WOHNEN WIRD UNBEZAHLBAR

16 BREMEN

**SCHLUSS MIT DER KRIEGSTREIBEREI
IN BREMERHAVEN!**

18 NORDRHEIN-WESTFALEN

LEBEN UND ARMUT IN KÖLN

20 BADEN-WÜRTTEMBERG

**DIE PANTHER CHALLENGE – WIE DIE
POLIZEI JUGENDLICHE INDOKTRINIERT**

22 KULTUR

DAS LIED VON DER EINHEITSFRONT

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für
Abos schreibt uns eine Mail an
rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leserinnen und Leser,

zwei Repressionsmaßnahmen des deutschen Staates haben unlängst eine Menge Aufmerksamkeit erregt – und sind dann doch recht schnell wieder in der Versenkung der bürgerlichen Medienmonopole verschwunden.

Mitte Juli ließ das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) das widerliche Chauvinistenblatt „Compact“ verbieten. Polizeikräfte durchsuchten den Verlagssitz in Brandenburg, wo auch Chefredakteur Elsässer wohnt, und weitere Objekte in Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dem Magazin wurde ab sofort jede Tätigkeit verboten.

Irrelevant, wie sehr man dieses Hetzblatt auch verachten mag, es handelt sich bei dem Verbot um einen weiteren Schritt der Herrschenden in der BRD innerhalb der Tendenz der Reaktarisierung. Dieser Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit kann und wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ganz simpel auch andere treffen, wie dies in der Vergangenheit auch schon passiert ist. Der imperialistische Staat agiert hier im Sinne der Regierung mit reiner Willkür und unterminiert erneut seine eigenen bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Rechte. Das Verbot eines Verlages hat in diesem Sinne besondere Bedeutung.

Der Angriff des deutschen Staates auf das Islamische Zentrum Hamburg und die Blaue Moschee ist ein Angriff auf die hunderttausenden gläubigen Schiiten im Land, auch wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) scheinheilig versichert: „*Wir handeln nicht gegen eine Religion.*“ Doch, genau das tun sie!

Es handelt sich hierbei um ein Phänomen, welches bereits vor einiger Zeit begann Form anzunehmen. Zum einen konzentriert der Staat seine Macht in der Exekutive und trampelt auf der eigenen Verfassung (siehe Pressefreiheit und compact-Verbot) herum.

Allerdings kommt hier eine weitere Qualität hinzu. Hunderttausende werden dämonisiert: Wer sich nicht impft ist *Verschwörungstheoretiker, Aluhutträger, alle Nazis*. Eine gesamte Bevölkerungsgruppe wurde zum Feind erklärt, nicht irgendwelche randständigen Kleingruppen, sondern hunderttausende, wenn nicht Millionen Menschen.

Mit dem russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine ist etwas sehr ähnliches passiert. Jeder Russe wurde mit Putin gleich gesetzt.

Die Kriminalisierung jeglicher palästina-solidarischer Menschen und von Muslimen im Allgemeinen, und von Schiiten im Besonderen, war und ist spezifischer Ausdruck gegen die politische Identität vieler von ihnen, insbesondere gegen eine politische Stellungnahme gegen den Völkermord Israels und deren imperialistischen Herrscher. Das zeigte auch das Verbot der „Palästina-Solidarität Duisburg“, und die vielen anderen Verbote, die Nancy Faeser seit dem 7. Oktober angeordnet hat.

Diese Hetze ist Teil der Strategie des Staates, die Spaltung der Arbeiterklasse weiter voran zu treiben. Diese hat in den letzten Jahren eine neue Ebene erreicht. Immer wieder werden größere Bevölkerungsgruppen zu Feinde des Staates erklärt und sind entsprechend von Repression betroffen.

In einem bürgerlichen Staat existiert immer ein Kampf zwischen der faschistischen Tendenz und der bürgerlich-demokratischen Tendenz. Die voraussichtlich Perspektive ist, mit der sich verschärfenden Krise, dem sich verschärfenden Klassenkampf, den sich verschärfenden interimperialistischen Widersprüchen und vor allem der Verschärfung des Hauptwiderspruchs in der Welt – Imperialismus und unterdrückte Nationen –, dass die Reaktarisierung, die Militarisierung, die faschistische Tendenz voran getrieben wird.

Das ist etwas, das alle fortschrittlichen Menschen zu beachten haben.

MEHR MILITÄR – UND FÜNF EURO FÜR FAMILIEN DER BUNDESHAUSHALT FÜR DAS JAHR 2025 SETZT MASSSTÄBE

481 Milliarden Euro will die Bundesregierung im kommenden Jahr ausgeben, einen entsprechenden Entwurf hat das Kabinett Mitte Juli gebilligt. Etwa 44 Milliarden sollen als Kredit aufgenommen werden und die Schuldenbremse soll somit eingehalten werden.

78 Milliarden Euro weist das Finanzministerium als Investitionen aus. Dies ist ein Rekordwert. Das entspricht den Bestrebungen der Krise vermittelt einer Entwicklung des Staatskapitalismus Herr zu werden und trotzdem zwangsweise den Begrenzungen der Schuldenbremse zu entsprechen. So will die Regierung die sich seit rund einem halben Jahrzehnt in einer schweren Krise – die Umstände, die Schwere und die Länge der Krise sprechen für eine handfeste Depression – befindliche Wirtschaft wieder ankurbeln.

Nach Angaben von Finanzminister Lindner soll vor allem in Straße, Schiene, digitale Netze und klimafreundliche Technologie investiert werden. Darüber hinaus wurde eine „Initiative für mehr Wachstum“ beschlossen. Geplant ist demnach, dass Bürokratie abgebaut wird und energieintensive Firmen bei den Stromkosten entlastet werden. Arbeiter sollen „Anreize“ bekommen, mehr und länger zu arbeiten. Außerdem sind verschärfte Vorgaben für Bürgergeld-Empfänger vorgesehen.

Was bedeutet das? Zum einen wird sich durch den „Bürokratieabbau“ der Widerspruch zwischen den Staatsbediensteten und der Regierung verschärfen, was erneut der CDU zu Gute kommen und der Regierung zum Schlechte gereichen wird. Gleichzeitig sieht sich der öffentliche Dienst bereits jetzt mit einer relativ großen Lücke in der Besetzung offener Stellen konfrontiert. Dazu kommt die Subventionierung der Monopole, insbesondere in der Schwerindustrie. Gleichzeitig gibt es nicht wie behauptet „Anreize“, sondern Zwangsmaßnahmen, in Form von Kürzungen für Bezieher von Sozialleistungen und Lohnsenkungen und Erhöhung des Renteneintrittsalters für Arbeiter. Das wird den Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern, weiter verschärfen.

Die Ausgaben für Erwerbslose sollen im Vergleich zu 2024 um ganze 5,5 Milliarden Euro gekürzt werden. Fast 5 Milliarden davon sollen direkt bei der Auszahlung des Bürgergelds eingespart werden. Die Mittel dazu sind denkbar simpel: Ein verschärftes Sanktionsregime und ganz konkrete Verschlechterungen.

Ab nächstem Jahr wird mehrstündiges Pendeln für einen Halbtagsjob für zumutbar erklärt. Eine entsprechende Arbeit darf man dann nicht mehr ablehnen. Das Recht auf Sparguthaben in Höhe von bis zu 40.000 Euro erlischt nun schon nach einem halben Jahr. Arbeitsfähige Bürgergeldbezieher müssen wieder regelmäßig beim Jobcenter vorstellig werden – wer einen Termin verpasst, bekommt ein Drittel der Stütze gekürzt, für drei Monate.

Den Jobcentern wird zusätzlich im Vergleich zu 2023 mehr als eine Milliarde Euro Verwaltungskosten gestrichen und die Ausgaben für die Eingliederungshilfe werden um 450 Millionen Euro gekürzt.

Vor allem Spitzenverdiener kommen mit dem neuen Haushalt in den Genuss von einigen Steuererleichterungen, die als sogenannter „Abbau der kalten Progression“ deklariert und für unerlässlich erklärt werden. Mehr als elf Milliarden Euro sind dafür veranschlagt. Ermöglicht werden soll das unter anderem auch durch Kürzungen der Zuschüsse an die Rentenversicherung.

Trotzdem scheinen einige den Hals nicht voll zu kriegen: Die „Bundesvereinigung der Arbeitgeber“ (BDA) bezeichnete den Etatentwurf als eine „Enttäuschung für alle, die einen Wachstumsimpuls erwartet haben“. Der Haushaltsplan enthalte ein hohes Maß an Zukunftsvergessenheit.

Vor allem aber steht für den Haushalt 2025 eines im Mittelpunkt: Mehr Geld fürs Militär und andere bewaffnete Organe der BRD. Die NATO-Quote von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird sowohl im Jahr 2025 als auch in den kommenden Jahren bis einschließlich 2028 den Planungen nach nicht nur

eingehalten, sondern übertroffen. Das wären in vier Jahren rund 80 Milliarden Euro.

Nur mit einem lang anhaltendem Wettrüsten kann die Kriegswirtschaft wirklich zum Brummen gebracht werden, da ist sich die Bundesregierung sicher. Für das kommende Jahr wird der Wehretat zwar erst einmal nur um 1,3 Milliarden Euro aufgestockt, aber in 2025 fließen auch noch die vielen Milliarden des 100-Milliarden-Sondervermögens. Auch Bundespolizei, Zoll, Bundeskriminalamt und andere bewaffnete Organe werden im Haushaltsplan fürs kommende Jahr mit fast einer Milliarde Euro mehr bedacht.

Kriegsminister Pistorius hatte einen Bedarf von rund 58 Milliarden Euro angemeldet und dementsprechend eine Ausnahme dieser Ausgaben von der Schuldenbremse gefordert. Der Mehrbedarf von 6,5 bis 7 Milliarden Euro wird auch in den Jahren danach weiter aufwachsen, ist aber entsprechend den haushälterischen Plänen auch gedeckt.

Generalinspekteur Carsten Breuer erwartet dafür allerdings Garantien: *„Angesichts der Bedrohungslage brauchen wir eine Verstärkung“*, sagte er und warnte, Russland könne sich um das Jahr 2029 herum auch gegen NATO-Staaten wenden, daher sei die Abschreckung so wichtig. *„Die russischen Streitkräfte planen einen Aufwuchs auf 1,5 Millionen Soldaten, das sind mehr Soldatinnen und Soldaten als in der gesamten EU.“* Das ist die moderne Variante des „aufziehenden asiatischen Barbarensturms“. Der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, Christoph Heusgen, mahnte ebenfalls *„Wir bräuchten eine Diskussion darüber, wie viel uns Sicherheit wert ist und worauf wir verzichten wollen, wenn wir die zwei Prozent langfristig im Haushalt verankern.“* Wie gesagt, all dies vor dem Hintergrund, das laut den Planungen das

Zwei-Prozent-Ziel der NATO von der BRD in den kommenden Jahren übertroffen werden wird.

Beeindruckend verhalten sich erneut die gelben Gewerkschaften. So „kritisierte“ z.B. die Gewerkschaft ver.di, dass es angesichts des Krieges in der Ukraine besser gewesen wäre, die Haushaltsnotlage festzustellen oder die Schuldenbremse zu reformieren, um mehr finanziellen Spielraum zu haben. Ver.di fordert also – wie andere Kriegshetzer ebenfalls – noch mehr Geld für die deutsche Armee. Allerdings findet Ver.di auch lobende Worte – eine Spar-Organie sei der Haushaltsentwurf nicht. Das sei gut so. Weiter hieß es, ebenfalls aus Gewerkschaftskreisen: *„Die zusätzlichen Mittel für etwa die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt sind angesichts der hybriden und ernststen Sicherheitslage für die Bundesrepublik angelegtes Geld.“*

Kinder, Jugendliche und Familien erhalten mit dem neuen Haushalt, so jedenfalls die Bundesregierung, „konkrete Leistungsverbesserungen“. Das Kindergeld werde erhöht! Es steigt im kommenden Jahr um satte fünf Euro auf 255 Euro monatlich. Das sind nicht einmal zwei Prozent. Das ist in der Realität also eine Senkung, da die Inflation deutlich höher ist und auch höher sein wird.

Schließlich ist der Haushaltsplan in vielerlei Hinsicht ein schlechtes Machwerk – mindestens 17 Milliarden Euro fehlen in den Berechnungen – das nennt die Regierung einfach „Minder Ausgabe“, was bedeutet, dass das Geld irgendwo zusätzlich eingespart werden muss. Außerdem ist vieles an dem Entwurf reines Wunsdenken, so gibt es etwa „globale Mehreinnahmen“ von über 14 Milliarden Euro und sechs Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen, so als ob die Krise bereits vorüber wäre. Außerdem plant Lindner Zinsausgaben haushaltstechnisch künftig anders verbuchen und Verbesserungen bei Abschreibungen von Investitionen. Im besten Fall sind das unseriöse Haushaltsplanungen, in der Tat sind es Trickereien ganz nach dem Gusto des Paten von Hamburg, Olaf Scholz. •



KOLLEKTIVE HAUSARBEIT IM SOZIALISTISCHEN CHINA



*Die Kantine einer Volkskommune in den 1960ern.
An der Wand steht „Essen ohne Geld auszugeben, hart arbeiten um zu produzieren“*

Die Antwort auf die Frage in welchen Gesellschaftssystem wir leben und die Ablehnung dessen bringt zwangsläufig eine weitere Frage auf den Tisch, und zwar nach den Alternativen. Insbesondere nachdem Francis Fukuyama Anfang der 1990er Jahre mit dem Buch „The End of History and the Last Man“ das angebliche „Ende der Geschichte“ erneut postulierte und die Behauptung, dass die bürgerliche Demokratie die endgültige Herrschaftsform sei, ernsthaft diskursfähig machte, hat sich diese idealistische Geschichtsdeutung in Deutschland weit verbreitet und in vielen Köpfen festgesetzt. Der Bankrott des Revisionismus in der Sowjetunion wird fälschlicherweise gleichgesetzt mit dem Scheitern der Weltrevolution. Darum ist es von besonderem Interesse immer wieder auf die Errungenschaften des Sozialismus zu schauen um unsere Zukunftsperspektiven zu schärfen. Wir wollen dies in Frage der unbezahlten Reproduktionsarbeit mit Blick auf das sozialistische China tun.

Doch beginnen wir mit dem Status quo in Deutschland. 2022 haben Frauen etwa 30 Stunden in der Woche mit unbezahlter Arbeit verbracht (hier zählt auch Betreuungsarbeit mit Kindern rein), während es bei den Männern nur etwa 20 Stunden waren. Andere Zahlen von 2018 zeigen, dass 62% aller befragten Frauen die hauptsächliche Arbeit im Haushalt übernehmen, während es nur 6% der Männer waren, die das über sich ausgesagt haben. Bei älteren Paaren mit erwachsenen Kindern ist die Differenz noch größer: 75% der Frauen übernehmen den meisten Teil der unbezahlten Arbeit, bei den Männern sind es nur etwa 4%. Der Prozentsatz, der übrig bleibt, bildet diejenigen ab, die die Hausarbeit zu gleichen Teilen erledigen.

Die Erfahrung von vielen jungen Paaren, die versuchen die Arbeit annähernd gleich zu verteilen, ist leider oft wenig zufriedenstellend. Wie soll das auch finanziell umsetzbar sein, wenn der Mann mehr verdient und man auf den Lohn weniger verzichten kann?

In China, zur Zeit der Kulturrevolution, wurde genau das umgesetzt. Alltägliche Arbeit wie putzen und Wäsche waschen, aber auch Dinge wie reparaturbedürftige Kleidung nähen und Ausbesserung von Haushaltsgeräten, bügeln oder einfache handwerkliche Tätigkeiten wurden systematisch kollektiv organisiert. Es gab Arbeitstrupps, die diese Aufgaben übernommen haben und ihre Werkstätten in den Wohnsiedlungen hatten. Da gab es Werkstätten mit verschiedener Spezialisierung, z.B. Nähwerkstätten oder Bastlerwerkstätten.

Morgens ist die Gruppe dann los gezogen und hat die Wäsche oder die zu nähende Kleidung aus den Wohnungen abgeholt, um sich danach an die Arbeit zu machen. In der Regel war die Arbeit schon nach ein paar Stunden erledigt und konnte noch am selben Tag zurück gebracht werden. Dafür gab es auch einen kleinen Lohn, was die Kosten niedrig hielt und dadurch zugänglich für die breite Masse gemacht hat. Diese Tätigkeiten wurden öfter auch von älteren Menschen erledigt, die dadurch eine neue Möglichkeit bekommen haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und einer allgemein nützlichen Tätigkeit nachzugehen. So wurde konkret auch etwas gegen Alterseinsamkeit unternommen, die hierzulande zum immer größeren Problem wird.

Dieses System wurde von den Frauen selbst ins Leben gerufen, mit dem Ziel den privaten und familiären Charakter dieser Arbeit zu zerstören. Dadurch, dass die häusliche Arbeit in Werkstätten kollektiv und bezahlt erledigt wurde, wurde sie als ganz normale Arbeit wie jede andere auch wahrgenommen und somit auch mehr wert geschätzt. Damit ging dann auch eine höhere Wertschätzung derjenigen einher, die die Arbeit geleistet haben.

Ein anderes Beispiel ist, wie die Frage der Essenszubereitung gelöst wurde. In den Vierteln gab es Volksrestaurants, die dort oft das Zentrum des kollektiven Lebens dargestellt haben. Dort konnte man sich das Essen – ähnlich wie in einer Mensa – abholen und vor Ort essen, oder in einem Behälter mit nach Hause nehmen. Neben diesen Restaurants gab es aber auch noch Gemeinschaftsküchen in den Wohnhäusern, die sich von 2-3 Familien geteilt wurden. Dabei wurde sich dann abgesprochen, wer als nächstes für alle kocht, was die Verantwortung von einer einzelnen Frau natürlich auf viele Köpfe verteilt hat.

Dann gibt es aber auch Arbeit, die man nur schwer kollektiv organisieren kann. Zum Beispiel aufräumen, Betten machen, den Müll raus bringen oder ähnliches, eben die kleinen Tätigkeiten, die jeden Tag spontan anfallen. Die Tätigkeiten, die bisher die Frauen wie selbstverständlich für ihre Männer gemacht haben. Das wurde in der Kulturrevolution insofern gelöst, dass sich ein anderes Bewusstsein dafür entwickelt hat. Diese kleinen alltäglichen Arbeiten hat jeder für sich gemacht, denn aus welchem Grund sollte jemand anderes als man selber hinter einem aufräumen? Gab es dann doch mal Aufgaben, die nicht „kollektivierbar“ waren, wurden diese in der Familie aufgeteilt.

Bei all dem technischen Fortschritt, auch bei Haushaltsgeräten, kann man den Eindruck bekommen, dass den Frauen mit neuen, besseren und effizienteren Geräten eine Last abgenommen wird. Das wird auch gezielt so beworben. Aber was ist der Effekt, wenn man eine Aufgabe im Haushalt schneller erledigen kann? Man hat mehr Zeit, die man für andere Arbeiten nutzen kann und wird. Da es im Durchschnitt allen so geht, steigt die Erwartung darüber, was man in einer gewissen Zeit alles schaffen kann. Letzten Endes steigt also einfach nur das Arbeitstempo, die Arbeit geht schneller, dafür macht man aber auch mehr. Eine Mechanisierung der Arbeit, die die Abläufe praktischer und effizienter macht, ist also nur auf der Grundlage der kollektivierten Hausarbeit sinnvoll.

Aber wenn sie dann auch wirklich darauf folgt, ist der Effekt umso größer. Im sozialistischen China hat sie auch Einfluss auf die Architektur und Stadtplanung gehabt, was man z.B. an den Wohnküchen und Volksrestaurants sehen kann. Ebenso konnte bei gemeinschaftlich organisierter Hausarbeit ein technischer Fortschritt, beispielsweise ein Schnellrockensystem für Wäsche, tatsächlich eine Erleichterung für die Gemeinschaft bringen. Es gab eben nicht die *eine* Hausfrau, die dafür zuständig war und durch den Fortschritt mehr Zeit für eine andere Arbeit hatte, sondern es war eine gemeinschaftliche Aufgabe, durch deren Lösung der Gruppe mehr Zeit übrig blieb um sich neue Verbesserungen zu überlegen, die das Leben erleichtern. •

KITAS – STREIK DER ERZIEHER

Wie festgefahren und unversöhnlich die Debatte um Entlastung der landeseigenen Kita-Erzieher ist, zeigte sich auch im Berliner Abgeordnetenhaus. Da bezeichnete der sichtlich genervte Finanzsenator Stefan Evers (CDU) den Arbeitskampf der Gewerkschaften Ver.di und GEW als „Sinnlosstreiks“, weil die Forderungen für Berlin „unerfüllbar“ seien, während draußen vor dem Parlamentsgebäude zum wiederholten Mal Erzieher hinter Absperrgittern lautstark demonstrieren. Hintergrund ist die Personalsituation in den 280 landeseigenen Kitaeinrichtungen. Die Beschäftigten klagen seit vielen Jahren über die bestehenden enormen Belastungen und entsprechende Einschränkungen bei der pädagogischen Arbeit.

Knapp zehn Prozent der rund 2.900 Kitas in Berlin gehören zu den sogenannten kommunalen Eigenbetrieben. Dort betreuen rund 7.000 Erzieher und weitere Beschäftigte etwa 35.000 Kinder. Die übrigen Einrichtungen werden von freien Trägern betrieben und aktuell nicht bestreikt. Insgesamt besuchen etwa 165.000 Kinder in der Hauptstadt Kitas.

Es wird unter Kollegen von einer massiven Krise und prekären Zuständen gesprochen. Der Arbeitsalltag der Kita-Erzieher in Berlin ist derart belastend, dass der Krankenstand enorm hoch sei, immer wieder Erzieher den Job hinschmeißen und Auszubildende frühzeitig die Ausbildung abbrechen.

Konkret fordern die Gewerkschaften gar nicht mehr Geld, sondern lediglich einen Entlastungstarifvertrag. Der soll vor allem einen Mindestpersonalschlüssel für die Kitas festlegen und Regeln für den Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden aufstellen. Zudem solle die Ausbildung verbessert werden. Für pädagogische Arbeit soll es mehr Zeit geben, damit die Betreuungsqualität steigt oder zumindest gehalten werden kann. Kernpunkt der Forderungen: Werden die Vorgaben nicht eingehalten, soll es einen Belastungsausgleich für die Erzieher geben, in Form von zusätzlichen freien Tagen oder Geld.

Ähnliche Forderungen, vor allem bei der personellen Entlastung, stellen die Gewerkschaften auch für die Schulen auf: Hier gab es in den vergangenen drei Jahren bereits fast ein Dutzend Warnstreiks mit bis zu 20 Streiktagen.

Am Kernproblem Personalmangel kann der deutsche Staat und insbesondere das dauerpleite Berlin weder kurz- noch mittelfristig wirklich viel ändern. Es gibt einfach nicht genug Erzieher. Der aktuelle Kindertagesstätten-Entwicklungsplan prognostiziert, dass im Jahr 2027 genau 31.625 Erzieher benötigt werden, rund 2.500 mehr als in diesem Jahr.

Die Fluktuation liegt laut dem Bericht der Bildungsverwaltung aktuell bei zehn Prozent, weil viele Beschäftigte in Rente gehen oder den Beruf an den Nagel hängen. Allein in diesem Jahr verliert Berlin mehr als 2.600 Erzieher. Dazu kommen fast 1.500 Fachkräfte, die zumindest zeitweise ausfallen. Von Fachschulen kommen jedoch nur 1.600 neue Erzieher und Erzieherinnen. Die Lücke von rund 2.500 Erziehern müssen extern angeworbene Fachkräfte und vor allem Quereinsteigende füllen.

Gleichzeitig steigt in Berlin die Nachfrage nach Kita-Plätzen weiter an, die Betreuungsquote in allen Altersgruppen unter sieben Jahren wird immer größer. Bis 2027, so die Prognose, werden von den Drei- bis



Sechsjährigen 96,4 Prozent eine Kita besuchen. Es werden bis 2027 fast 3.000 weitere Kitaplätze in Berlin gebraucht. Auch die Ansprüche an die Kitabetreuung werden immer größer: von Sprachförderung bis zu sonderpädagogischen Angeboten.

Um kurzfristig mehr Geld ins System zu bringen, damit mehr Personal eingestellt werden kann, haben sich die Schlauköpfe, die die Stadt regieren, eine ganz besonders gewiefte Maßnahme einfallen lassen: die Abschaffung der Beitragsfreiheit. In ihrem Koalitionsvertrag hatten sich CDU und SPD zwar noch dazu bekannt, allerdings wissen wir alle, was Wahlversprechen und daraus resultierende Koalitionsverträge in der Realität wert sind. Die SPD hat inzwischen die Parteispitze ausgetauscht: Martin Hikel und Nicola Böcker-Giannini sind die neuen Köpfe und beide forderten im parteiinternen Theater das „Ende der Umsonst-Stadt“, und meinten damit auch die Beitragsfreiheit der Kitas.

Ähnliche Diskussionen gibt es längst auch über die kostenlose Hortbetreuung, das beitragsfreie Schulessen oder das kostenlose Schülerticket für den ÖPNV. Dass deren Abschaffung jedoch mehr Geld für Kita- und Schulpersonal schafft, ist wohl illusorisch.

Nach mehreren Warnstreiks der Gewerkschaften in den vergangenen Monaten steht nun ein weiterer Schritt an: Die Gewerkschaft Ver.di will ihre Mitglieder unter den Kita-Beschäftigten in Berlin zu einer Urabstimmung über unbefristete Streiks aufrufen. Ein unbefristeter Streik, das hört sich irgendwie seltsam radikal an, allerdings ist genau das die Norm und die deutschen „Warnstreiks“ sind im Gegenteil eine absurde Besonderheit.

Nun soll die Urabstimmung Anfang September beginnen. Wenn hierbei über 75 Prozent für einen sogenannten „Erzwingungsstreik“ – wie gesagt, das sollte der Normalfall in einem Arbeitskampf sein – stimmten, könnte Ver.di zum unbefristeten Streik in den landeseigenen Kitas aufrufen.

Der Senat habe immer noch nicht signalisiert, in Verhandlungen über die Forderungen der Gewerkschaft einzutreten, begründet Ver.di diesen Schritt. Ganz dickfällig wird versucht, das Thema

loszuwerden. Ver.di hat sich nun nicht länger bereit erklärt, dabei zuzusehen, wie die Kita-Krise durch den Senat ausgedient wird.

In landeseigenen Kitas ist in den vergangenen Wochen und Monaten mehrmals gestreikt worden, es kam immer wieder auch zu mehrtägigen Kita-Schließungen. Freilich finden sich dann auch Leute, die den mehr als gerechtfertigten Forderungen widersprechen: Der Landeselternausschuss Kita kritisiert das Vorgehen der Gewerkschaft, weil die Streiks zulasten



der Kinder und ihrer Eltern gehen würden. Ja, wen soll es denn sonst treffen? Das ist der gleiche Schwachsinn wie bei der Bahn, womit man grundsätzlich jeden Streik in Frage stellen könnte.

Aber Guido Lange, Vorstand des Landeselternausschuss, weiß noch viel mehr: Die Forderungen der Kollegen seien unrealistisch. Man könne zwar den Personalschlüssel ändern, aber Entlastungsmaßnahmen mit dem vorhandenen Personal hätten eine Verschlechterung der Betreuungsqualität zur Folge.

Ins gleiche Horn stößt der Staatssekretär für Jugend und Familie, Falko Liecke: „Diese Streiks müssen jetzt enden!“ Aber die Streiks sollten nicht enden, im Gegenteil. Im Allgemeinen muss der sich verschärfende Klassenkampf auch in diesem Feld viel mehr Ausdruck finden. Der Arbeitskampf muss entschlossener geführt werden und auch der Kampf gegen das Abwürgen der Streikbewegungen, die sich jetzt noch nicht abzeichnet, aber aus den Reihen der Gewerkschaftsbürokratie kommen wird, muss geführt werden. •

STOPPT DIE „OPERATION KAGAAR“!

In dem Aufruf des Koordinationskomitees der Antiimperialistischen Liga (AIL) gegen die „Operation Kagaar“ heißt es Anfang Juli:

„Als Koordinationskomitee der Antiimperialistischen Liga möchten wir alle Antiimperialisten weltweit dazu aufrufen, gegen die Operation Kagaar des indischen Staates zu mobilisieren und Solidarität mit den indigenen Völkern und der KPI (Maoistisch) zu zeigen, die von diesen Angriffen betroffen sind.“

Der indische Staat, der als reaktionär bezeichnet werden kann, setzt seine volksfeindlichen Operation Kagaar gegen die armen Völker Indiens fort und setzt dabei Aggression ein. Diese Entwicklung ist eine Folge ihres Versagens, sich dem Volkskrieg der KPI (Maoistisch) entgegenzustellen. [...] Gegen die anhaltende Aggression und die Massaker des reaktionären indischen Staates im Rahmen der Operation Kagaar haben der Internationale Kommunistische Bund, die Kommunistische Partei der Philippinen, das Internationale Komitee zur Unterstützung des Volkskriegs in Indien (ICSWPI) und verschiedene revolutionäre Organisationen Erklärungen abgegeben und Aktionen durchgeführt. In verschiedenen Ländern der Welt finden weiterhin Proteste und Unterstützungsdemonstrationen statt.

[...] Die herrschenden Klassen Indiens dienen den imperialistischen Monopolen, insbesondere den US-amerikanischen und britischen Imperialisten, indem sie den Weg für die brutale Ausbeutung und Plünderung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitskraft Indiens ebnen. Diese Unterwürfigkeit führt dazu, dass Indien international als eine der größten Demokratien der Welt vermarktet wird und militärische und politische Unterstützung von den Imperialisten erhält.

[...] Gleichzeitig intensivieren sie [die herrschenden Klassen in Indien] kontinuierlich ihre terroristischen Operationen gegen die Kräfte der maoistischen Partei, die einen Volkskrieg für die demokratische Volksmacht führen, und gegen die indigenen Völker, die die Massenkraft des Volkskriegs sind. Das sichtbare Antlitz der konterrevolutionären

Aggression, wie sie sich in der „Operation Kagaar“ manifestiert, zielt auf die Zerstörung der KPI (Maoistisch). Das andere Gesicht ist die Aneignung des Landes der indigenen Völker durch die indischen herrschenden Klassen und imperialistischen Monopole, wobei diese Operationen durch eine ihnen von den herrschenden Klassen verliehene „Legitimität“ gerechtfertigt werden. Insbesondere werden Massaker an den indigenen Völkern in der Region Dandakaranya in Indien von den offiziellen und paramilitärischen Kräften des Staates durchgeführt. Die Massaker werden in der öffentlichen Meinung als „Kampf gegen den Terrorismus“ legitimiert, indem die ermordeten indigenen Zivilisten als Guerillas der KPI (Maoistisch) dargestellt werden. Im Rahmen der „Operation Kagaar“ kam es bereits zu zahlreichen Massakern an der indigenen Bevölkerung.

Obwohl sie brutale Gewalt und Manipulation anwenden, sind die indische Reaktion und ihre imperialistischen Unterstützer weder in der Lage, ihre Massaker und Aggressionen zu legitimieren, noch die Entwicklung des von der KPI (Maoistisch) geführten Volkskriegs zu verhindern. Die Kader der KPI (Maoistisch), die Militanten, die PLGA-Guerillas und die indigenen Völker Indiens bekämpfen die konterrevolutionären Terroroperationen und riskieren dabei ihr Leben. Es ist notwendig, dass alle antiimperialistischen Kräfte der Welt an diesem Kampf teilnehmen und Solidarität mit dem von der KPI (Maoistisch) geführten Volkskrieg zeigen.

DIE „OPERATION KAGAAR“ IST DIE LEGITIMIERUNG DES MASSAKER UND DER PLÜNDERUNG DES LANDES DER INDIGENEN VÖLKER DURCH DIE HERRSCHEN KLASSEN IN INDIEN!

LASST UNS DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT DER ANTI-IMPERIALISTISCHEN KRÄFTE GEGEN DIE KONTERREVOLUTIONÄRE „OPERATION KAGAAR“ AUFBAUEN!

UNTERSTÜTZT DEN VOLKSKRIEG DER KPI (MAOISTISCH)!

Neben den im Aufruf genannten Organisationen veröffentlichte auch die People's Democratic Students Unity (PDSU) aus Bangladesch einen Aufruf „*Stoppt die Angriffe der faschistischen Modi-Regierung gegen die unterdrückten Völker Indiens*“. Auch die Strömung des Volkes – Rote Sonne aus Mexiko veröffentlichte, basierend auf dem Aufruf des Koordinationskomitees der AIL, eine eigene Erklärung.

Die Revolutionäre Studenten-Jugend Bewegung (RYSM) hing in Chittagong, Bangladesch zahlreiche Dazibaos auf:



Der Aufruf des Koordinationskomitees der Antiimperialistischen Liga fand großen Anklang, und er wurde in viele Sprachen übersetzt. Unter anderem ins Dänische, Finnische, Kroatische, Italienische und Deutsche. Dem Aufruf folgten viele Organisationen in der Welt und organisierten Protestaktionen.

In der Türkei wurden von Partizan unter anderem in den Städten Izmir und Istanbul Transparente aufgehängt, die die Repression des alten indischen Staates verurteilten.

In Österreich gab es verschiedene Aktionen. In Wien organisierte die „Rote Fahne“ zusammen mit Partizan eine Kundgebung vor dem indischen Konsulat in der Stadt. Es beteiligten sich auch die „Friends of the Filipino People in Struggle“, die „Aktion für demokratische Rechte des Volkes“ und die „KomIntern“. In Innsbruck gab es eine Demonstration von

Partizan gemeinsam mit Sinif Teorisi und der Antifa Innsbruck.

In der Schweiz organisierte Partizan zusammen mit AGEB eine Demonstration in Bern, an deren Mobilisierung sich auch die MLKP und SYKP beteiligten. In Zürich wurden an verschiedenen Stellen der Stadt Transparente aufgehängt.

In Deutschland gab es zunächst eine Kundgebung, welche Partizan zusammen mit dem Roten Bund organisierte. In den Reden, die in deutscher und türkischer Sprache gehalten wurden, wurde darauf hingewiesen, dass der indische Staat in der letzten Zeit mit den „Kagaar-Operationen“ Hunderte von Menschen massakriert hat, und es wurde erklärt, dass der andauernde Volkskrieg in Indien gerecht und legitim ist. In Städten wie Leipzig und Bremen tauchten später große Wandmalungen auf.

In Frankreich fand vor dem Sitz des Europäischen Rats in Straßburg eine Kundgebung statt, die von der Liga der Jungen Revolutionäre zusammen mit Partizan organisiert wurde. In Spanien gab es eine große Anzahl an Wandmalungen, ebenso in Finnland und Dänemark.

Die durchgeführten Aktionen zeigen in Form und Inhalt den bedeutenden Effekt, den die kommende Gründung der Antiimperialistischen Liga sicherlich haben wird. •

Poster aus Mexiko

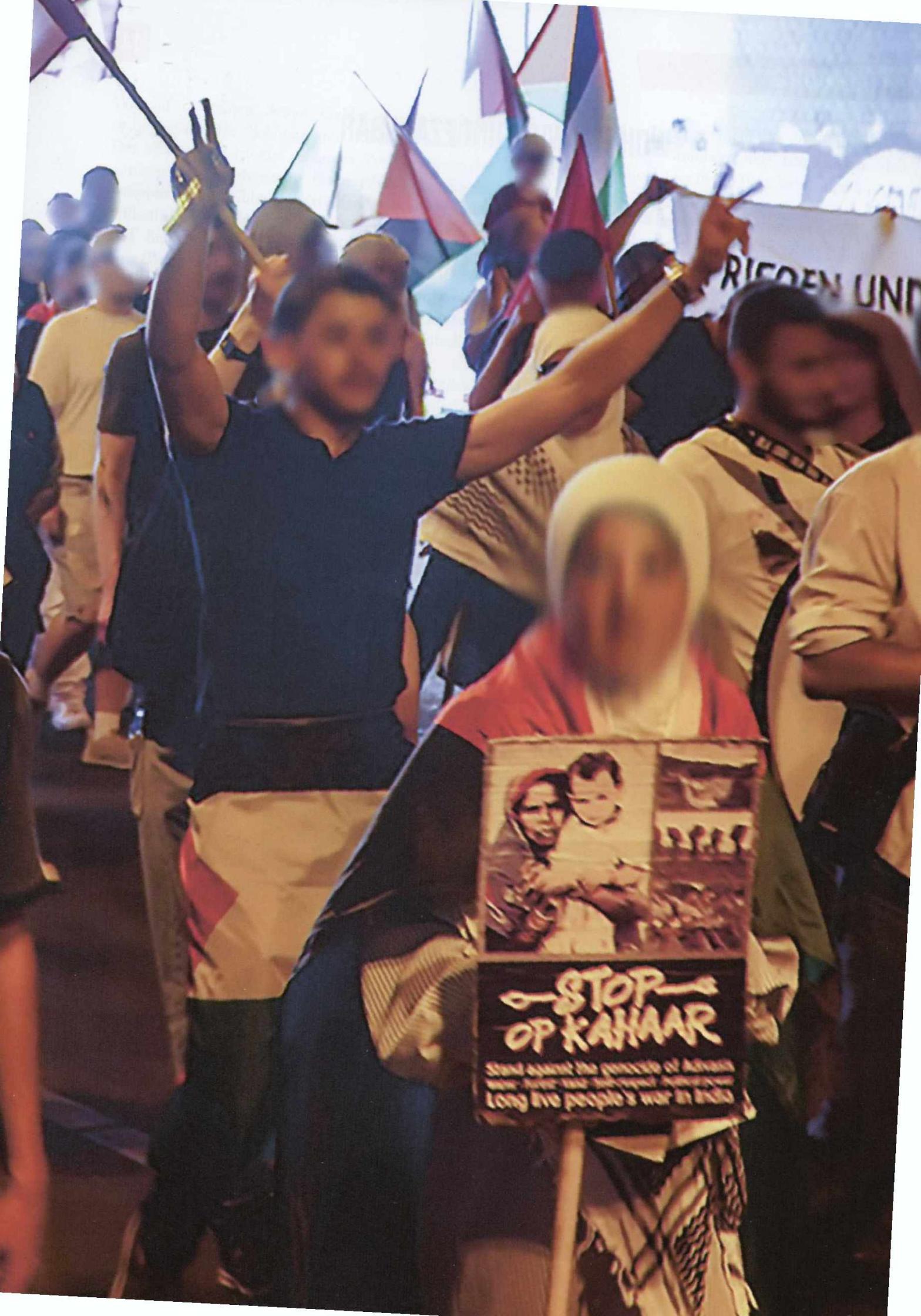


BILD DES MONATS



Konsequenter Antimperialismus: Solidarität mit dem Kampf der Völker Palästinas und Indiens in Dortmund

Quelle: Eine Korrespondentin der Roten Post



RIEGEN UND


**STOP
OP KAHAR**
Stand against the genocide of Ahmad
Long live people's war in India

WOHNEN WIRD UNBEZAHLBAR

Wer nach Hamburg umziehen möchte oder innerhalb der Stadt die Wohnung wechseln möchte, muss in der neuen Wohnung deutlich mehr bezahlen, als es Altmieten tun müssen. Das zeigen Zahlen aus dem Zensus 2022. Der durchschnittliche Aufpreis bei Neuvermietungen beträgt in einigen Lagen weit mehr als 50 Prozent.

Im Hamburger Durchschnitt zahlt jemand vier Euro Monatsmiete pro Quadratmeter zusätzlich,

Mietniveau so hoch, dass die Differenz zwischen Angebots- und Bestandsmieten gering ausfällt. Dies gilt für Teile von Uhlenhorst (2 Prozent) und Teile von Blankenese (11 Prozent). Andere traditionell teure Ecken steigen weiter im Preis. Harvestehude bis zu 50 Prozent Differenz, Hafencity bis zu 66 Prozent und in Volksdorf bis zu 66 Prozent.

Lediglich im Bezirk Harburg ist die Differenz zwischen Angebots- und Bestandsmiete geringer als in den anderen Bezirken: Gute zwei Euro, etwa 30 Prozent mehr kostet der Zuzug oder Umzug hier. Damit ist Harburg auch der einzige Bezirk, in dem man in einem neuen Mietvertrag weniger als elf Euro pro Quadratmeter zahlen muss.

Die Mietpreise in ganz Deutschland sind im ersten Halbjahr 2024 weiter stark gestiegen. In den Großstädten haben die Angebotsmieten im Schnitt um 6,3 Prozent zugelegt. Im Vergleich der Metropolen sticht demnach Berlin weiterhin mit einem besonders starken

Anstieg hervor, und während in den Großstädten wie Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Köln, Leipzig, München und Stuttgart der Anstieg ein bisschen weniger stark ausfiel als im zweiten Halbjahr 2023, ist dieser Anstieg dennoch weiterhin deutlich stärker als im Schnitt der vergangenen fünf Jahre.

Einige bürgerliche „Experten“ sehen kein baldiges Ende der Anspannung am Wohnungsmarkt. Der Wohnungsneubau stecke in der Krise, und selbst, wenn sich die Lage wieder etwas aufhelle, werde sich dies erst mit Verzögerung auf dem Markt widerspiegeln. Das großartig angekündigte Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung scheitert auf allen Ebenen.



Moderner Baustil trifft deutsches Großmachtstreben: Der Elbtower, ein Prestigeobjekt von Olaf Scholz

der jetzt einen Mietvertrag in Hamburg abschließt, verglichen mit den Alteingesessenen am selben Ort. Doch die Unterschiede zwischen Altmieten und Preisen bei Neuvermietung schwanken je nach Lage erheblich.

Gerade in Stadtteilen mit noch vergleichsweise günstigen Bestandsmieten kann der aktuell verlangte Aufpreis besonders hoch sein. Beispiel Osdorf: Bei Bestandsmieten von knapp 8 Euro und Angebotsmieten von fast 14 Euro ergibt sich ein Aufpreis von rund 75 Prozent. Auch in Teilen von Stellingen ergeben sich Steigerungen von 60 bis 70 Prozent. Umgekehrt ist in einigen teuren Quartieren das

Wo auf der einen Seiten Gelder „fehlen“ scheint es genug für die „Schönen und Reichen“ zu geben. Der »Elbtower« ist ein geplantes Prestigeobjekt der mittlerweile insolventen österreichischen Signa-Gruppe. Der Hamburger Milliardär Klaus-Michael Kühne plant, den Protz-Bau nun unter Federführung der Stadtregierung fertigstellen zu lassen. Der Hamburger Senat solle eine Initiative zum Weiterbau des Turms in der Hafencity starten. Vielleicht braucht die Stadt dafür das Geld der MSC für den Verkauf des Hafens?

245 Meter hoch, 64 Stockwerke, Büros, Galerien, Cafés und ein Luxushotel ...

... solche Pläne verfolgte Signa-Gründer René Benko, noch zu Zeiten eines Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz (SPD). Der „Elbtower“ sollte das neue Wahrzeichen der Hansestadt werden. Rund 950 Millionen Euro sollte das Ding kosten. Seit dem Herbst 2023 gibt es einen Baustopp. Nun steht in der Hafencity ein 100 Meter hoher Rohbau, der im Volksmund einfach „kurzer Olaf“ heißt.

Die drohenden Verluste möchte der 87-jährige Kühne nun offenkundig mit Hilfe von Steuergeld vermeiden. Dabei setzt er auf den politischen Ziehsohn des Paten von Hamburg, den aktuell amtierende Ersten Bürgermeister Peter Tschentscher. Beim Kauf des Areals in der Hafencity konnte die Signa eine Vorabvermietungsquote von dreißig Prozent der Büroflächen vorzuweisen. Gelungen war das mit Hilfe der Hamburg Commercial Bank (früher: HSH

Nordbank). Man beachte: nicht die Warburg Bank. Nun soll nach Wünschen der Kapitalisten der Hamburger Steuerzahler in die Bresche springen.

Natürlich ist der Elbtower, genauso wie die Elbphilharmonie und dergleichen mehr, nur ein besonders sichtbarer Ausdruck davon, dass die soziale Ungleichheit in der Stadt sich nicht nur hartnäckig hält, sondern steigt. 18 bis 25-Jährige sind in Hamburg besonders armutsgefährdet. Bei ihnen lag die Armutsgefährdungsquote 2021 in Hamburg laut der Diakonie bei 32,3 Prozent. Bei Alleinerziehenden in Hamburg entwickelt sich die Quote der armutsgefährdeten Menschen im Zeitraum von 2005 bis 2021 von 38,6 auf 46,2 Prozent. Menschen ohne deutschen Pass lagen der Studie zufolge bei 37,7 Prozent.

Immer mehr Menschen werden immer ärmer und die Mietpreise steigen und steigen – entsprechend macht sich die Kluft zwischen Arm und Reich besonders beim „sozialräumlichen Zerfall der Städte“ deutlich. Junge Leute, Familien und Ausländer werden an die Ränder der Stadt vertrieben. Gerade in Großstädten wie Hamburg verschärft sich diese Lage von Jahr zu Jahr. •

Baustopp beim „Kurzen Olaf“



SCHLUSS MIT DER KRIEGSTREIBEREI IN BREMERHAVEN!



Ein Bradley-Panzer wird durch Bremerhaven gefahren

Im September soll Bremerhaven Schauplatz der Militärübung „Fishtown Guard 2024“ der Bundeswehr werden. 60 bis 70 Reservisten der „Heimatschutzkompanie“ sollen dann mitten in der Stadt ein Kriegsszenario nachstellen. Dass das Bremerhaven trifft, kommt doch nicht ungefähr: Die Stadt ist der Umschlagsplatz für amerikanisches Kriegsgerät auf dem Weg Richtung Ukraine, ob an die „NATO-Ostflanke“ oder direkt ins Land. Auch NATO-Manöver abseits der Ostflanke werden z.T. von hier aus versorgt. Insofern ist Bremerhaven ein angreifbarer Punkt in der Versorgungslinie der Kriegstreiber, den sich auch andere Kriegstreiber wie der russische Imperialismus als Zielscheibe setzen können. Was die „Heimatschutzkompanie“ üben soll, ist im Krieg als Reserve die Logistik zur Front zu schützen, wenn Krieg herrscht und die regulären Kräfte der Bundeswehr an der Front sind, d.h. diese Aufgabe nicht wahrnehmen können und stattdessen auf Rücken-deckung im Hinterland angewiesen sind. In diesem Fall ist es also insbesondere der Schutz der Hafenanlagen, wo aktuell wöchentlich Panzer, Jeeps oder LKW – Kriegsgerät, das nicht mit dem Flugzeug weiter in die Nähe der Front geliefert werden kann – vom Schiff rollen. Das Land Bremen verdient; der Logistikkonzern BLG, eines der größten Unternehmen in Bremen, macht mit den Umschlägen reichlich Profite.

Mit der „Zeitenwende“ und der indirekten Teilnahme am imperialistischen Krieg in der Ukraine gehen eine Menge Sachen einher, die Deutschland sich (wieder)

aufbauen will, um Eroberungskriege führen zu können. Eine Rolle spielen auch die Heimatschutzkompanien. Wie eingangs schon beschrieben ist das eine Reserve, deren Aufgaben „in der Heimat“, also hinter der Front liegen. Die Bundeswehr beschreibt es wie folgt:

„Die Bundeswehr richtet sich wieder auf ihren Kernauftrag aus: zeitgemäße Landes- und Bündnisverteidigung. Dafür braucht es eine kriegstüchtige und einsatzbereite Reserve. Denn mögliche hybride Angriffe gegen kritische Infrastruktur, aber auch Ereignisse wie Flutkatastrophen oder die Covid-19-Pandemie verdeutlichen, dass sich Deutschland auf Krisenlagen auch mit Hilfe von Reservistinnen und Reservisten angemessen vorbereiten muss.“

Die Kompanien waren 2021 als direkte Nachfolger der „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskompanien“ ins Leben gerufen worden. Nach Beginn des Ukraine-Kriegs wurden die Heimatschutzkompanien und -regimenter am 1. Oktober 2022 dem „Territorialen Führungskommando der Bundeswehr“ untergeordnet. Das ist das höchste nationale Kommando für Operationen der Bundeswehr in Deutschland, und es wurde nur fünf Tage vor der Unterordnung der Heimatschutzkompanien neu aufgestellt. Ein wichtiges Ziel für die BRD dabei war mehr Zentralisierung auch im Militär, was die Unterordnung der Kompanien verdeutlicht. Kriegsminister Pistorius kündigte am 4. April diesen Jahres an, dass die Heimatschutzkräfte zukünftig direkt

dem Heer zugeordnet werden. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern gibt es bei den Heimatschutzkompanien nun auch größere Anwerbekampagnen. Denn in die Kompanien sollen nicht nur die, die ohnehin schon gedient haben, sondern auch neue Leute beinhalten. Ein Jahr im Heimatschutz plus die weitere Verpflichtung für sechs Jahre Reservistendienst soll als ein spannendes Angebot wahrgenommen werden. „Dein Jahr für Deutschland“, wirbt die Bundeswehr insbesondere unter jungen Menschen. In Bremen beschreibt man seine Aufgaben folgendermaßen:

„Im Bundesland Bremen stehen die Kräfte der Reserve dabei vor besonderen Herausforderungen: Sie müssen in einem städtischen Umfeld verteidigungsfähig sein und gleichzeitig auch den für den Materialumschlag der US-Streitkräfte wichtigen Hafen in Bremerhaven vor Bedrohungen schützen können.“

Der Kommandeur der Kompanie in Bremen ist Oberst Andreas Timm, der kürzlich vom staatlichen Lokalmagazin „buten un binnen“ in die Sendung eingeladen wurde. Dort beschreibt er: *„Wir sind nicht richtig im Krieg, aber auch nicht richtig im Frieden. Wir sind irgendwo dazwischen. Unser Staatswesen ist bedroht.“* Und schildert die Situation, wenn es zu einem „Zugriff im Baltikum“, was laut ihm innerhalb der nächsten fünf bis acht Jahre durchaus möglich sei, zu einem „Krieg Russland – NATO“ käme: *„[...] Bremerhaven will be smashed. Das kann ich hybrid machen. Das kann ich cyber-mäßig machen. Das kann ich aber auch mit Flugkörpern machen, die dann dort eingesetzt werden.“*

Es wird sehr viel über Angriffe aus Russland und über Verteidigung geredet. Aber tatsächlich geht es um Angriff. Alle Imperialisten bereiten sich darauf vor, Krieg zu führen (und die meisten tun es bereits irgendwo auf der Welt), um bei einer Neuaufteilung der Welt ein möglichst großes Stück vom Kuchen abbekommen zu können. Die Bundeswehr hat zuletzt zwei Jahrzehnte lang an der Besatzung in Afghanistan teilgenommen, bis das Volk sie aus dem Land gejagt hat. Kurz zuvor startete sie in Jugoslawien mit extrem zynischer Rhetorik den ersten deutschen Angriffskrieg seit Hitler. Deutschland unterstützt aktuell auf allen Ebenen, auch mit vielen Waffen, den Genozid und alle dazugehörigen Massaker und Kriegsverbrechen in Gaza. Und auch in der Ukraine hat der Staat seit Beginn des Krieges klargemacht, dass er tatkräftig beim „Wiederaufbau“ helfen, das bedeutet, sich noch mehr von der ukrainischen Wirtschaft unterjochen

will. Die bürgerliche Behauptung, ohne die Waffen der NATO hätte die Ukraine keine Chance, ist eine Lüge. Anstatt sich abhängig von den Imperialisten zu machen, die das Land für ihre Zwecke ausnutzen wollen, muss das ukrainische Volk sich auf die eigenen Kräfte stützen, um die russischen Invasoren zurückzuschlagen und die Verräterclique um Selenskij davonzujagen. Der Landesverkäufer Selenskij hat aber berechtigterweise Angst, das von ihm unterdrückte Volk zu bewaffnen.

Schon letztes Jahr führte die NATO mit der „Air Defender“ in Deutschland die größte Luftwaffenübung seit ihrer Gründung durch, unter anderem über der Nordsee in direkter Nähe zu Bremerhaven als einer von drei Übungszonen. Bremen war damals verantwortlich für die Flugsicherung in dem Gebiet. Im Jahr 2020 war Bremerhaven als Ankunftsart von Soldaten und Waffen aus den USA Startrampe für das Manöver „Defender Europe 20“, wo zehntausende Soldaten die Verlegung von nordamerikanischen Streitkräften nach Osteuropa übten. Diesen September wird die „Fishtown Guard“ nicht nur an den großen Hafenanlagen im Norden stattfinden, sondern auch wie eingangs genannt mitten in der Stadt – am Wasser- und Schifffahrtsamt kurz vor der Geestemündung in die Weser und etwas südlicher am Thünen-Institut im Fischereihafen. Dort werden die „Heimatschützer“ uniformiert und bewaffnet im Wasser und an Land „den Ernstfall proben“.

Man kann es sehen: Immer wieder fahren Panzer mitten durch Lehe, auf den Weg zur A27 und von dort ins Binnenland, Richtung Krieg; über die Schiene geht es den gleichen Weg. Vor unseren Haustüren rollen Tod und Elend unserer Klassenbrüder in der Welt vorbei. Laut Beobachtungen der Nordsee-Zeitung sollen letztes Jahr innerhalb weniger Monate 150 Schiffe mit jeweils Hunderten von Militärfahrzeugen in Bremerhaven angekommen sein; so viel, dass zeitweise bis zu 400 auf dem Kai im Hafen standen und auf den Abtransport warteten. Sie wissen, dass sie in Bremerhaven ihre Kriegsgeschäfte lange in Ruhe machen konnten. Die „Fishtown Guard“ zeigt, dass sie wissen, dass diese Zeiten vorbei sind. •

LEBEN UND ARMUT IN KÖLN

*Blick auf Köln-Chorweiler*

Die Europameisterschaft ist vorbei und es kehrt wieder Normalität in die Kölner Innenstadtbezirke ein. Groß feiern sich die Stadtspitzen dafür am Heumarkt und anderen Public Viewing-Orten angeblich ein „harmonisches“ und „weltoffenes“ Fest der Völker veranstaltet zu haben. Mal abgesehen davon dass „Gastfreundschaft“ Made in Germany heißt, dass es zu mehreren Vorfällen mit Hitlergrüßen und faschistischen Provokationen kam, versucht die Kölner Stadelite so nur die grundlegenden Probleme in unserer Stadt zu kaschieren.

Im Vorfeld der Europameisterschaft meldete der WDR, dass auf die Stadt Köln Kosten von bis zu 18 Millionen Euro zukommen. Alleine für die beiden großen Fanzonen am Tanzbrunnen und Heumarkt wurden 13,8 Millionen Euro eingeplant und das mitten in einer schweren Wirtschaftskrise.

Dass doch nicht alles „Kölsche Vita“ ist, konnte man Anfang des Jahres hören, als die Sprecherin der Industrie- und Handelskammer für Köln und Umland verkündete, dass insgesamt 20 Prozent der Unternehmen im IHK-Bezirk mit Zahlungsempässen zu kämpfen haben. Unsicherheit unter den Unternehmen, Insolvenzgefahr und ein instabiler Arbeitsmarkt seien die kommenden Folgen ihrer Prognose in der Kölner Region. 24 Prozent der Kölner Unternehmen wollen demnach Arbeiter entlassen, 32 Prozent müssen ihre Investitionen reduzieren.

Das bedeutet aber auch, dass sie ihre Verluste auf uns Arbeiter und Werktätige abwälzen werden. Erste Anzeichen dafür sind die oben genannten Entlassungen. Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Wenn man sehen will, was die Krisenpolitik der letzten Jahre mit den Menschen in Köln gemacht

hat, lohnt sich ein Blick in die Strukturdatenerhebung für das letzte Jahr, welche im Frühling dieses Jahres veröffentlicht wurde.

Doch was ist mit dem Rest? Rund weitere 25 Prozent der Kölner sind konkret armutsgefährdet, das bedeutet sie verdienen weniger als 1.500 Euro im Monat. Davon müssen 11 Prozent sogar mit unter 1.000 Euro klar kommen. Weitere 13 Prozent der Menschen liegen knapp über der bürgerlich definierten Armutsgrenze, der Rest liegt irgendwo zwischen diesen beiden Polen.

Auffallend ist das die Stadtteile mit der höchsten Armutsquote vor allem verstärkt rechtsrheinisch zu finden sind. Aber auch in Chorweiler, Bocklemünd/Mengenich und den umliegenden Stadtteilen auf der linken Rheinseite sind überproportional viele Menschen arm. Wenn man sich zusätzlich noch die Entwicklung der Mieten in der Stadt anguckt, bekommt man ein differenziertes Bild wie weit verbreitet Armut in Köln ist. Das belastet dann auch viele Menschen auf der linken Rheinseite in Stadtteilen, wo die Einkommen stellenweise höher liegen.

Um ein konkretes Beispiel zu machen: 25 Prozent der Ehrenfelder sind armutsgefährdet und verdienen unter 1.500 Euro, müssen aber durchschnittlich trotzdem bis zu 40 Prozent in die Miete stecken. Wenn man dann noch ein normales Leben will oder Kinder hat wird es sehr schnell eng im Geldbeutel. Umziehen ist auf dem Kölner Wohnungsmarkt eher weniger eine Option, die steigenden Mieten ein stadtweites Problem sind, und die Armut in Köln wächst.

Die Kölner Stadtkoalition aus CDU, Grünen und Volt treibt diese Politik bewusst voran. Im Interesse der Reichen und Immobilienkonzerne. Jüngstes Beispiel dafür sind die Beschlüsse zur Stegerwald-Siedlung in Köln-Mülheim. Seit 1996 fällt die Stegerwald-Siedlung eigentlich unter den Milieuschutz. Dieser wurde jetzt durch den Rat der Stadt Köln aufgehoben. Die 17 Hektar große Siedlung befindet sich fast vollständig im Besitz der ASW, der Aachener Siedlungs- und Wohnungsgesellschaft. Diese Wohnungsgesellschaft befindet sich wiederum im Eigentum der katholischen Bischöfe von Köln, Paderborn, Trier, Münster und Aachen und dem Bistum Essen.

Für die Katholische Kirche und die geistlichen Kapitalisten bedeutet die Aufhebung des Milieuschutz eine Aussicht auf fette Gewinne. Für die über 1.000 Bewohner der Stegerwald-Siedlung winken dagegen Mieterhöhungen, Mahnbescheide und Zwangsräumungen.

Ein Fachgutachten der Stadt Köln zeigt indes auf: Die Verdrängung der Stegerwald-Bewohner war ein langer und geplanter Prozess.

Zwischen 2008 und 2019 führte die ASW in der Siedlung umfangreiche energetische Modernisierungen durch. Das führte zu einer empfindlichen Erhöhung der Netto-Kaltmieten von sieben auf zehn Euro pro Quadratmeter – über 42 Prozent.

Die Modernisierungen führten aber nicht dazu, dass die Nebenkosten sanken. Die Stadtverwaltung genehmigte diese erste Verdrängungswelle.

Um Stimmung für ihre Profitpläne zu machen war sich das Erzbistum Köln auch nicht zu schade üble Lügen über die Einwohner zu verbreiten. So wurde beispielsweise die Bevölkerungsstruktur öffentlich als „problematisch“ gebrandmarkt, wobei jegliche Beweise ausblieben. In ihrem Versuch die Bewohner rauszuekeln, wurde sogar der Supermarkt im Zentrum der Siedlung ersatzlos abgerissen.

Um die Stegerwald-Siedlung herum wurde diese Entwicklung dadurch forciert, dass ein Fabrikgelände in direkter Nachbarschaft vom Immobilienmonopol der „Adler Group“ aufgekauft wurde. Im Norden der Siedlung verwirklichen Kapitalisten nun ihre Träume von einem neuen Stadtteil, der vor allem für Kleinbürger gebaut werden soll.

Basierend auf diesen Daten und Beispielen lassen sich ein paar Annahmen anstellen. Es gibt Armuts-schwerpunkte in Köln, vor allem rechtsrheinisch, aber Armut ist dennoch ein stadtweites Phänomen. Die Probleme mit steigenden Mieten, Wohnungsmangel und „Aufwertung“ von Stadtteilen wird sich in Zukunft noch weiter verschärfen. Dabei ist es durchaus eine Besonderheit, welche Rolle die Katholische Kirche in Köln spielt. •

DIE PANTHER CHALLENGE WIE DIE POLIZEI JUGENDLICHE INDOKTRINIERT



Mit dem 25. Juli starteten in Baden-Württemberg die diesjährigen Sommerferien, welche in anderen Bundesländern bereits in vollem Gange sind. Für viele Jugendliche, stellt sich dabei dann die Frage, was man denn in diesem Zeitraum tun möchte. Auch wenn dies am Ende eine Frage ist, die vor allem vom Geldbeutel der Eltern abhängt, gibt es für die meisten zahlreiche Angebote mit Jugendgruppen verhältnismäßig preiswert zu verreisen. Häufig in der Form von Zeltlagern.

Manche, insbesondere ältere Jugendliche und junge Erwachsene beginnen in diesem Zeitraum aber auch, sich um ihre berufliche Zukunft Gedanken zu machen und nutzen den Ferienzeitraum auch teilweise um Praktika oder Minijobs zu machen.

Hier setzt eine recht neue Masche der Bundespolizei an. Die sogenannte „Panther Challenge“. Dies ist ein Ferienpraktikum in Form eines dreitägigen Zeltlagers, welches in der ersten Ferienwoche auf einem Polizeigelände im kleinen Städtchen Blumberg stattfindet. Mit diesem Event wollen die Verantwortlichen in eigenen Worten den Jugendlichen einen Einblick in den Alltag der Bundespolizei geben.

Dort gibt es eine Vielzahl an Fitness und Kampfsportübungen die gemeinsam gemacht werden. Aber auch konkrete realistische Einsatzübungen werden mit den Jugendlichen durchgeführt. Es gibt Übungen wie die Simulation eines Einsatzes zur Katastrophenhilfe bei einer Überflutung oder die Vorführung über die Nutzung eines Polizeihubschraubers, aber der Schwerpunkt des Ganzen liegt in der Aufstandbekämpfung.

Dabei haben die Jugendlichen beispielsweise die Aufgabe, sich Schutzrüstung welche von den Bullen auf Demonstrationen getragen wird anzuziehen, und in einer Formation neben einem Wasserwerfer herzulaufen, während als linke Demonstranten verkleidete Bullen Stoffbeutel, als Steindarstellung auf die Jugendlichen werfen. Auch Übungen wie Angriff, Rückzug, das „Kontrollieren“ von Menschenmengen, das Festnehmen von Personen etc. werden unter Anleitung der Polizeiausbilder von den Jugendlichen geübt. Letztlich werden also zahlreiche Zwangsmaßnahmen, welche die Reaktion regelmäßig zur Unterdrückung unliebsamer Stimmen durchführt, als ein großes actionreiches Abenteuer dargestellt. Natürlich wird dabei auch ein recht einseitiges Bild gezeichnet. Es gibt klare Feindbilder: „Chaoten“, die

einfach nur Randalen machen wollen auf der einen Seite und dann gibt es wiederum die tolle Polizei, die die Gesellschaft vor diesen „schützt“.

Absurd, wenn man sich anschaut, wie oft es denn in der Realität die Polizei ist, die von vornherein grundlos Demonstrationen angreift, be- oder verhindert und Leute verprügelt. Insbesondere in einer Zeit, in welcher von den angeblich so heiligen demokratischen Grundrechten immer mehr für eine ganze Reihe kritischer Menschen abgeschafft werden und Proteste, wie die gegen den andauernden Genozid im Gazastreifen, mit dem Polizeiknüppel brutal niedergeschlagen werden, hat ein solches Theater einen äußerst zynischen Charakter.

Die Aktivität hat in etwa den Charakter, eines Berufsorientierungspraktikum, eines Feriensommerscamps und einer Sportfreizeit. Dabei lernen die jungen Menschen etwas über die konkrete Praxis der Cops und bekommen ein Stück weit Disziplin beigebracht und lernen beispielsweise zwischen den verschiedenen Übungen auf Befehl stramm in einer Reihe zu stehen und still dem Oberbullen zuzuhören. Im Großen und Ganzen geht es aber nicht darum, die Kids körperlich und mental fertig zu machen, sondern vor allem darum, dass die Jugendlichen eine schöne Zeit haben. Mit einem spaßigen und actionreichen Jugendcamp sollen die jungen Menschen indoktriniert werden.

Laut den für die Aktivität verantwortlichen Bullen geht es angeblich nicht darum, die Jugendlichen von der Polizei zu überzeugen. Vielmehr soll es vermeintlich darum gehen, diese „aufzuklären“. Auch für kritische Fragen solle in diesen Events explizit Platz sein. Diese Fragen werden dann allerdings von den jeweiligen verantwortlichen Gruppenführern im Sinne der Polizei beantwortet. Aufgrund der Art der Aktivität nehmen an diesen vor allem junge Menschen, die ein positives Bild von der Polizei und meist auch die deutliche Überlegung haben zukünftig eventuell selbst bei dieser zu arbeiten, teil.



Das Polizeicamp in Blumberg ist dabei nicht die einzige Aktivität dieser Art. Auch im Bayrischen Deggendorf, im Schleswig-Holsteinischen Ratzeburg oder im Rheinland-Pfälzischen Bad Bergzabern findet diese Art Aktivität, angepasst auf die Sommerferientermine zu unterschiedlichen Daten statt. Die Lage der Standorte sind dabei auch keine Überraschung. So sind das vor allem Bundesländer, die ländlich geprägt sind, in denen es den Menschen tendenziell besser geht als in anderen Teilen der BRD.

Es ist naheliegend, wenn man in einem imperialistischen Land in einer ruhigen Region in bequemen Verhältnissen groß wird und noch nie in seinem Leben im großen Stil Armut und Ungerechtigkeit gesehen hat, dann hat man meist Vertrauen in das System und ist auch eher bereit, für dieses zu kämpfen. In Orten mit größerer Armut kennen Jugendliche die Polizei oft besser, als dies bei gutgestellten Kleinbürgerkindern der Fall ist. In den Arbeitervierteln haben oft auch sehr junge Menschen bereits ihre Erfahrungen mit Gewalt und Rassismus durch die Polizei gemacht. Folglich sind in unseren Vierteln auch die jüngsten meist der Polizei gegenüber nicht sonderlich positiv, sondern zumindest mißtrauisch eingestellt. Aus gerechtfertigtem Grund!

Es muss dabei auch gesagt sein, dass die Polizei nicht die einzigen sind die mit reaktionären Feriencamps versuchen Teile der Jugend für sich zu gewinnen. Auch die Armee des deutschen Imperialismus, die Bundeswehr hat in den letzten Jahren immer

wieder ähnliche Angebote geschaffen.

Die Herrschenden versuchen vermehrt Jugendliche auch auf diese Weise zu indoktrinieren und für die bewaffneten Formationen des Staates zu rekrutieren. Es ist wichtig ihnen ihre Lügen nicht zu glauben. So oder so werden aber auch diese verzweifelten Versuche, junge Menschen für ihre mörderischen reaktionären Apparate zu gewinnen nichts an ihrer allgemeinen Misere und ihrem Untergang ändern. •

DAS LIED VON DER EINHEITSFRONT

Das Einheitsfrontlied ist eines der bekanntesten, wenn nicht das bekannteste Lied der deutschen Arbeiterbewegung. Es wurde von Bertolt Brecht geschrieben und von Hanns Eisler komponiert, seine bekannteste Interpretation stammt von Ernst Busch.

Im Jahre 1934, ein Jahr nach der Machtübertragung an die Faschisten in Deutschland, schrieb Brecht auf Eingebung seines Theaterkollegen Erwin Piscator das „Einheitsfrontlied“, in dem er alle Arbeiter aufrief, sich der Einheitsfront anzuschließen.

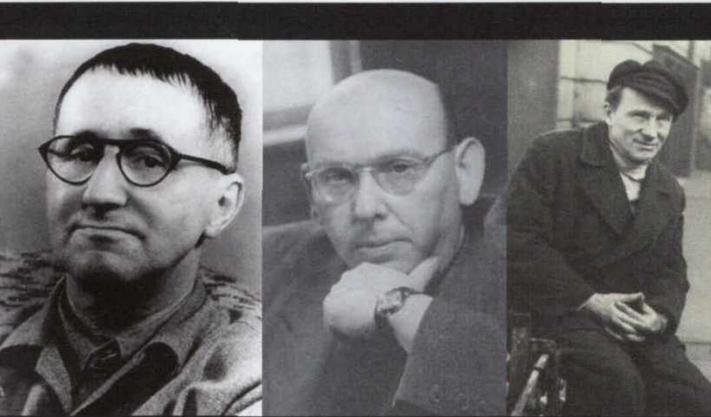
Das Einheitsfrontlied ist ein Lied seiner Zeit und stimmt seinem Inhalt nach mit den Diskussionen auf dem VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale in dieser Frage über ein. Dort wurde von Georgi Dimitroff unter anderem dargestellt, dass die Verteidigung der unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterklasse, die Verteidigung der Arbeiterklasse gegen den Faschismus der Ausgangspunkt und der Hauptinhalt der Einheitsfront sein müsse. Es sollte der Kampf geführt werden für die wirkliche Abwälzung der Folgen der Krise auf die Schultern der Reichen und nicht der Armen, gegen alle Formen der faschistischen Offensive, für die Verteidigung der Errungenschaften und der Rechte der Werktätigen, gegen die Beseitigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten, gegen die herannahende Gefahr eines imperialistischen

Krieges, damit die Vorbereitung dieses Krieges erschwert werden würde.

Das Einheitsfrontlied wurde im Jahr des Weltkongress, 1935, bei der Ersten Internationalen Arbeitermusikolympiade in Straßburg von einem Chor aus 3.000 Arbeitern uraufgeführt. Die erste Schallplatte des Liedes wurde im Jahr 1937, während des spanischen Bürgerkriegs, produziert und von Ernst Busch präsentiert.

Der Liedtext besteht aus vier Strophen und einem Refrain zu je vier Zeilen. Bertolt Brecht erinnert im Text an die gesellschaftliche Stellung der Proletarier unter kapitalistischen Produktionsbedingungen und hebt die einenden Interessen hervor. Die Arbeiter sollten so, nach dem Verrat des Revisionismus und der Spaltung des Sozialismus, gegen den deutschen Faschismus vereint werden.

Hanns Eisler hielt die Komposition des Einheitsfrontliedes bewusst in einer Form, die gemessen an anderen eisler'schen Kompositionen einfach und leicht verständlich war, damit es auch von Arbeitern ohne eine musikalische Ausbildung ohne große Probleme gesungen werden konnte. Daher hat dieses Lied auch einen marschartigen Takt und setzt auf Massengesang.



Bertolt Brecht (links) oder Erich Weinert als Dichter, Hanns Eisler (Mitte) als Komponist, Ernst Busch (rechts) als Sänger – so entstanden zahlreiche bekannte Lieder der Arbeiterbewegung in Deutschland

Es ist der Vorsitzende Mao, der zum ersten Mal eine vollständige Theorie der Einheitsfront entwickelt und ihre Gesetze festlegt. Eine Front, die sich auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern stützt, ist die Garantie für die Hegemonie des Proletariats in der Revolution; eine Klassenfront, geführt vom Proletariat, geführt von der Partei; in Synthese eine Einheitsfront unter der Führung der Kommunistischen Partei; eine Einheitsfront für den Volkskrieg, für die Revolution, für die Eroberung der Macht zugunsten des Proletariats und des Volkes. So, konkret, die Einheitsfront ist die Gruppierung der revolutionären Kräfte gegen die konterrevolutionären Kräfte, um bewaffnet und hauptsächlich durch den Volkskrieg, den Kampf zwischen Revolution und Konterrevolution zu führen. Offensichtlich ist die Einheitsfront in jeder Stufe der Revolution nicht immer die selbe und hat ihre Besonderheiten für unterschiedliche Perioden in jeder Stufe; auf die gleiche Weise ist die Einheitsfront in einer konkreten Revolution nicht die gleiche wie sie auf Weltebene ist, obwohl beide den gleichen allgemeinen Gesetzen folgen.

- Kommunistische Partei Perus

Einheitsfrontlied

Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum braucht er was zum Essen, bitte sehr!
Es macht ihn kein Geschwätz nicht satt,
das schafft kein Essen her.

Refrain:

Drum links, zwei, drei!
Drum links, zwei, drei!
Wo dein Platz, Genosse, ist!
Reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront,
weil du auch ein Arbeiter bist.

Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum braucht er auch noch Kleider und Schuh!

Es macht ihn kein Geschwätz nicht warm
und auch kein Trommeln dazu.

Refrain

Und weil der Mensch ein Mensch ist,
drum hat er Stiefel im Gesicht nicht gern!
Er will unter sich keinen Sklaven seh'n
und über sich keinen Herr'n.

Refrain

Und weil der Prolet ein Prolet ist,
drum wird ihn kein anderer befrei'n.
Es kann die Befreiung der Arbeiter nur
das Werk der Arbeiter sein.

Refrain

Eisler selbst sagte, dass dieses Lied sehr einfach gesungen werden solle: „Keine Brüller, kein falsches militantes Geschrei!!! Nicht zu rasch! Nicht zu langsam!“ Nach dem Kriege schrieb Eisler 1948 eine weitere, sinfonische Fassung des Liedes.

Es gibt eine breite Variation von Adaptionen des Einheitsfrontlieds. Unter anderem schrieb Leyb Rozental im Ghetto von Wilna eine jiddische Version, auf dem Jazz-Album *Liberation Music Orchestra* von Charlie Haden gibt es eine Instrumentalversion. *Ton Steine Scherben* coverten 1971 das Lied als Teil ihres Songs *Macht kaputt, was euch kaputtmacht* und auch *Commandantes* veröffentlichten eine Interpretation auf dem Album *Lieder für die Arbeiterklasse*.

Das Lied hat seinen Wert durch die Zeiten behalten und auch heute ist es Ansporn nach Einheit zu streben und dafür zu kämpfen, ohne dabei die Prinzipien aufzugeben. Der Vorsitzende Mao hob diesbezüglich hervor: „Eine disziplinierte Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, die Methode der Selbstkritik anwendet und mit den Volksmassen verbunden ist; eine Armee, die unter Führung einer solchen Partei steht; eine von einer solchen Partei geführte Einheitsfront aller revolutionären Klassen und aller revolutionären Gruppen – das sind die drei Hauptwaffen, mit denen wir die Feinde besiegt haben.“ Wie sollten wir den Wert der Einheitsfront angesichts dessen geringschätzen? •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen auf deutsch und englisch.

KOMMENDE TERMINE

BREMEN

Café Rebellion
BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
Jeden Mittwoch
ab 17 Uhr

13.09. | 19 Uhr
Vortrag: Was ist der Maoismus?
Paradox (Bernhardstraße 12)

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

DAS TITELBILD

Am Montag, den 22. Juli, fand das 17. Guelagueta der Lehrer und des Volkes im Stadion des Technologischen Instituts von Oaxaca statt. Tausende nahmen teil und erlebten die Darstellungen, eine lebendige Verteidigung der Kultur und der Rechte der Indigenen, ohne jeden Folklorismus. Es war ein großartiges Fest, auf dem die verschiedenen Volkstänze, Sprachen und Traditionen authentisch präsentiert wurden.

Quelle: Periódico Mural, Mexico

**ROTE
POST** 